

NR.03 / NOVEMBER 2015

GRÜNWÄRTS

INFOBULLETIN GRÜNE BASELSTADT & BASELSTADT



Foto: © Mstyslav Chernov, Wikimedia Commons



- **INTERVIEW:** PETER NIGGLI ÜBER DIE FLÜCHTLINGSKRISE S. 4-5
- **WAHLEN:** MAYA GRAF VERTEIDIGT SITZ - BÜNDNIS GRÜNE BASTA! GEWINNT SITZ S. 6
- **ABSTIMMEN:** PAROLEN FÜR DIE ABSTIMMUNGEN UND WAHLEN IM NOVEMBER S. 7-8

- 2 Editorial
- 3 Migration nach Europa:
Warum wir uns ändern
müssen
- 6 Nationalratswahlen
- 7 Abstimmungen Baselland
- 8 Abstimmungen Basel-Stadt
- 9 Wahlkampfverfahren
- 10 Aus den Kantonen
- 12 Ortssektionen,
Arbeitsgruppen, Parolen

Grünwärts – Infobulletin der Grünen
Baselland und Basel-Stadt

Herausgeberin: Grüne Baselland und
Basel-Stadt, Güterstrasse 83,
4053 Basel

Redaktion: Harald Friedl,
Nathalie Martin, Martin Stohler,
Oliver Thommen, Laura Schwab

info@gruene-bl.ch
sekretariat@gruene-bs.ch

Gestaltung: grafik@sarahmartin.ch

Druck: Seiler Print AG

Gedruckt auf Cyclus Offset, 100%
Recycling

Erscheint 4 Mal pro Jahr, Auflage
2450 Ex.

Redaktionsschluss:
19. Oktober 2015

VON FLÜCHTLINGS- UND UMWELTKRISEN



Die Schweiz war nicht das erklärte Ziel der Mehrheit der Flüchtlinge, die sich auf den Weg vom Süden in Richtung Mittel- und Nordeuropa machten. Trotzdem war die Flüchtlingsdebatte im Wahlherbst bei uns omnipräsent. Für einmal war aber nicht die SVP federführend in der Diskussion: denn angesichts der grausamen Bilder, die uns täglich von den Grenzen Osteuropas übermittelt wurden, stand plötzlich die Frage im Mittelpunkt, wie viel Mitgefühl wir wohlhabenden WestlerInnen noch aufzubringen imstande sind, wenn wir eins zu eins mit dem Elend Flüchtender konfrontiert werden.

Wir sprachen daher mit Peter Niggli über Migration und deren Zusammenhang mit der aktuellen Entwicklungszusammenarbeit und dem Klimawandel. Soll doch im November in Paris ein Nachfolgeabkommen für das Kyoto-Protokoll erarbeitet und verabschiedet werden. Wie viel davon erwartet werden darf, wird unterschiedlich eingeschätzt. Dass die Thematik aber sehr dringlich ist, zeigen die neusten Zahlen des Weltklimarates IPCC. Sie belegen, dass die Meeresspiegel schneller ansteigen, als bisher angenommen. Dieser Anstieg bedroht etliche grosse Landstriche an den Küsten, die zu den dichtbesiedelten Regionen unserer Erde gehören – womit wir wieder bei den Flüchtlingsbewegungen wären.

Neben diesen Schwerpunkten blicken wir in diesem Heft auf die nationalen Wahlen vom Oktober zurück. Was ist die Bilanz für uns Grüne in der Schweiz, aber auch in den beiden Halbkantonen? Über die Wahlen hinaus finden in den beiden Halbkantonen im November Abstimmungen und Wahlen statt, die wir alle kurz in diesem Heft vorstellen inklusive unserer Parolen. In Baselland kommentieren wir das Finanzdebakel des Kantons und berichten über die erfolgreiche Initiative zur Beibehaltung der U-Abo-Subventionen. In Basel-Stadt haben wir mit Elisabeth Ackermann über ihre bisherigen Erfahrungen als Grossratspräsidentin gesprochen.

Wir hoffen mit dem Heft viele interessante Denkanstösse zu liefern und freuen uns über eure Rückmeldungen.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'H. Friedl'.

Harald Friedl
Vizepräsident Grüne BS



Während Flüchtlinge einen Weg nach Europa suchen, verhandeln die Staaten über Klimamigration, Entwicklungs- und Klimaziele.

Die Bilder Anfang September zur Flüchtlingskrise zeigen zwei Gesichter: neben einer Solidaritätsbewegung betreiben viele Staaten eine Abschottungspolitik. Im Folgenden soll aber nicht über die hiesige Asylproblematik berichtet werden. Denn dafür gäbe es Lösungen: z.B. mehr humanitäre Visa. Vielmehr muss der Blick geöffnet werden. Denn ein nicht Erreichen des Zwei-Grad-Ziels würde zu noch mehr Vertriebenen führen. Dies wurde unlängst auch von internationalen Institutionen und NGO erkannt: So findet in den nun verabschiedeten Sustainable Development Goals (SDG) die Sicherung der ökologischen Grundlagen für die Bevölkerung einen grösseren Niederschlag als noch in den Millenniumszielen.

Zudem wird zum ersten Mal von Staats- und Regierungschefs anerkannt, dass Migration einen positiven Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung leisten kann. Schliesslich sind die SDG keine klassische Entwicklungsagenda für den globalen Süden, sondern für alle Länder gültig. Entwicklungszusammenarbeit ist daher auch nicht mehr das primäre Umsetzungsinstrument, sondern eines unter vielen (z.B. Remittances). Ob schliesslich diese SDG zum Erfolg führen werden, hängt dann auch von der Ende Jahr stattfindenden Klimakonferenz ab. Wird das Ziel eines weltweiten durchschnittlichen Temperaturanstiegs von zwei Grad nicht erreicht, wird der Klimawandel weiter fortschreiten und mehr Menschen müssen fliehen. Diese werden aber nicht als Flüchtlinge anerkannt. Die Denkfabrik foraus fordert deshalb, dass eine Regelung für die internationale Ebene eingeführt wird. Patricia Kaiser, Mitautorin des Papers, fordert «Die scharfe Unter-

scheidung zwischen freiwilliger und erzwungener Migration gilt es in Frage zu stellen. Da dazu eine zeitintensive Debatte auf internationaler Ebene nötig ist, sollte die Schweiz Umweltvertriebene vorerst vorläufig aufnehmen.»

Da sich aber auch trotz des Drucks der Zivilgesellschaft eine intergouvernementale Lösung nicht abzeichnet, liegt es bei den grünen Organisationen und grün denkenden Menschen, die Entwicklung einer nachhaltigeren Gesellschaft voranzutreiben: Sei es durch persönliche Initiative oder durch politische Veränderungen in den Gemeinden oder Kantonen.

Oliver Thommen,
Parteisekretär Grüne BS

Alle Infos zu den SDG:

sustainabledevelopment.un.org

«MICH STÖRT DER BEGRIFF VÖLKERWANDERUNG»



Peter, Du warst 17 Jahre Geschäftsführer von Alliance Sud.

Was hat Alliance Sud erreicht?

Erstens haben wir erreicht, dass das Parlament Freihandelsverträge nicht mehr diskussionslos durchwinkt. Zweitens wurde dank uns das Entwicklungshilfebudget erhöht. Drittens wurde die staatliche Protektion der Steuerhinterziehung durch Ausländer fast abgeschafft, welche die Entwicklungsländer jährlich um 5 Milliarden Franken Steuereinnahmen bringt. Schliesslich sind wir mit einer Koalition daran, Multis mit Schweizer Hauptsitz gesetzlich zu verpflichten, Menschenrechte und Umwelt in den Entwicklungsländern zu respektieren. Die Unterschriftensammlung für die entsprechende Konzernverantwortungsinitiative wurde diesen April gestartet.

Abgesehen vom geringen Budget, wo siehst Du die grössten Mängel in der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit?

Die Kampagne zur Erhöhung des Budgets hätte ich in anderen Ländern weniger gerne gemacht. Denn Frankreich oder die USA setzen dieses beispielsweise ein, um eigene geopolitische und wirtschaftliche Interessen durchzusetzen. Der Vorteil der Schweiz ist, dass sie den Einsatz der Entwicklungshilfe fast unbeeinflusst von Unternehmen und Wirtschaftslobbys realisieren kann. Die Programme entsprechen stark den

Peter Niggli kämpfte bei Alliance Sud für eine gerechte Schweizer Aussenpolitik. Nun ist er im Ruhestand. Wir haben mit ihm über Entwicklungszusammenarbeit und Migration gesprochen.

Interessen und Wünschen der Länder oder der Betroffenen selbst.

Jedoch hat die Erhöhung dazu geführt, dass viele andere Bundesstellen Anspruch auf das DEZA-Budget erheben. Als zum Beispiel bei der Biodiversitätskonvention Entwicklungsländern finanzielle Unterstützung zugesagt wurde, wollte das BAFU, dass die DEZA dafür die Rechnung zahlt. Das hat sich in den letzten fünf Jahren verschärft und ist für Alliance Sud eine der kommenden Auseinandersetzungen.

Diese Auseinandersetzung passiert aber verwaltungsintern.

Es bleibt in der Bundesverwaltung, wenn es nicht ins Parlament und an die Öffentlichkeit gebracht wird. Die Schweiz ist heute aussenpolitisch viel aktiver als vor 1989 und will den Schweizer Unternehmen jeden Quadratmeter der Welt möglichst ohne Beeinträchtigung durch nationale Handelsregeln zugänglich machen: Jedoch fehlt sowohl der Aussenpolitik als auch der Aussenwirtschaftspolitik das Spielgeld. Denn wenn die Schweiz etwas von armen Ländern will, erwarten diese Gegenleistungen. Sie zahlt diese aus der Entwicklungshilfe. Das ist nicht richtig und stellt eine Zweckentfremdung dar, welche auch dem Entwicklungshilfegesetz widerspricht.

Auf der internationalen Ebene gibt es ebenfalls Anstrengungen, z.B. die Millenniumsziele. Was haben diese erreicht?

Die Millenniumsziele (MDG) waren ein westliches Diktat. Die Entwicklungsländer sollten mehr in Gesundheit, Bildung und andere soziale öffentliche Güter investieren und im Gegenzug mehr finanzielle Unterstützung durch

die reichen Länder erhalten. Am Anfang waren die NGO ausserordentlich skeptisch. Die MDGs entwickelten aber eine positive Dynamik, weil die UNO die Zielerreichung global und pro Land periodisch veröffentlichte und debattierte und damit eine Art Schönheitswettbewerb unter den Ländern in Gang setzte. Dieser weiche Mechanismus erzeugte Druck durch die Zivilgesellschaft auf ihre Regierungen und bewirkte, dass die MDGs relativ erfolgreich waren. Derselbe Mechanismus soll nun für die Sustainable Development Goals (SDG) verwendet werden, welche die UNO-Generalversammlung im September beschlossen hat und die bis 2030 erreicht werden sollen. Es ist ein ehrgeiziger Zielkatalog, der Probleme der Entwicklung, Umwelt, gesellschaftlichen Ungleichheit und der Weltwirtschaft angehen soll.

Was erwartest Du nun von den Klimaverhandlungen in Paris?

Einen Abschluss. Praktisch haben sich die USA mit ihrer Idee durchgesetzt: jedes Land definiert die Emissionsreduktionsziele selbst. Da es eine gewisse Verständigung zwischen den USA und China gab, sind nun auch die Schwellenländer dabei. Aber die Finanzierungsfrage ist ungeklärt. Die westlichen Länder haben ab 2020 hundert Milliarden Dollar jährlich für Klimaschutz und Klimaanpassung in den armen Ländern versprochen, wissen aber nicht, wie sie das finanzieren wollen. Die bereits gesprochenen kleinen Zahlungen nahmen sie aus dem Entwicklungsbudget. Es wird also Klimaschutz gegen Armutsbekämpfung ausgespielt. Die grosse Hoffnung des Westens ist zudem, dass der Privatsektor den Grossteil der Klimaverpflichtungen schultert. Was das

genau heissen soll, ist weder unseren Regierungen noch den Unternehmen klar.

Das heisst, mit Paris wird das Zwei-Grad-Klimaziel nicht erreicht?

Was in Paris beschlossen wird, reicht nicht für das Zwei-Grad-Ziel. Das wissen alle. Die Hoffnung ist, dass es weitere Verhandlungsrunden mit ehrgeizigeren Reduktionsverpflichtungen gibt. Kommt hinzu, dass nach den Berechnungen des Klimarats in diesem Jahrzehnt der Peak der Emissionen überschritten werden müsste. Wir haben nun 2015, der Peak ist nicht erreicht. Und die in Paris beschlossenen Verpflichtungen greifen kaum vor 2018. Den Peak erreicht man dann vielleicht 2030. Also wird alles schwieriger. Aber es ist das erste Abkommen nach Kyoto, das einen Schritt nach vorne darstellt.

Wie nimmst Du die Forderung nach mehr Entwicklungshilfe zur Verhinderung von Migration war?

Für die Flüchtlingslager rund um Syrien ist die chronisch unterfinanzierte UNHCR zuständig. Sie verlangt seit langem mehr Geld, da die Lage immer schlimmer wird: Nahrungsmangel, kaum Gesundheitsversorgung und Schulen

für Kinder. Jede westliche Regierung weiss das. Die Schweiz könnte also mehr an die UNO zahlen. Daneben wurden die diplomatischen Möglichkeiten am Anfang nicht ausgeschöpft, da die USA weder Iran noch Russland zu Verhandlungen beiziehen wollten. Syrien bricht deshalb auseinander und die Menschen, die können, fliehen nach Europa.

Ist die Situation mit Europa im 19. Jahrhundert vergleichbar, als viele nach Amerika auswanderten?

Wer heute zu uns kommt, ist unbewaffnet. Die europäischen Auswanderer eroberten hingegen drei Kontinente, und zwar bewaffnet. Die heutige Migration ist unbewaffnet und nicht Teil staatlicher Expansion. Die Menschen kommen, weil sie hoffen, hier überleben zu können und nehmen Drecksjobs in Kauf, damit es ihre Kinder besser haben. Darum stört mich der Begriff «Völkerwanderung». Die Völkerwanderung, welche das weströmische Reich bedrängte, war keine friedliche Migration von Kriegs- und Armutflüchtlingen. Und die europäische Eroberung der Welt kann erst recht nicht mit der heutigen Migration verglichen werden. Gleichzeitig geht der Klimawandel ungebremst weiter. Seine Auswirkungen

sind in Afrika und Asien viel gravierender als bei uns. Es ist zu fürchten, dass viele Millionen Menschen ihre Lebensgrundlage verlieren. Ein Grossteil wird innerhalb dieser Regionen neue Siedlungsräume suchen, ein Teil findet vielleicht den Weg nach Europa. Da bauen sich Probleme auf, an denen wir kräftig mitgearbeitet haben.

Unsere Einwanderungsgesetzgebung verwehrt es, dass Menschen von ausserhalb der Europäischen Union legal einreisen können – es sei denn, sie gehören zur globalen Klasse der Reichsten. Es bleibt nur das Asyl. Um es zu beantragen, kann man aber nur illegal einreisen. Das gilt für die Schweiz und die Festung Europa. Deshalb nehmen die Asylsuchenden Schlepperdienste in Anspruch. Wir fördern durch unser restriktiven Einwanderungsgesetze diesen mafiösen Wirtschaftszweig, der mit Elend der Flüchtenden grosse Gewinne erzielt. Das ist ein ähnlicher Mechanismus wie bei der Drogenprohibition. Darum fordern linke und grüne Parteien und NGO aller Art in Europa seit langem, dass es legale Zugangsmöglichkeiten braucht.

Vielen Dank für das Gespräch!

Interview: Jürg Stöcklin,
GL-Mitglied Grüne BS

AUF NACH PARIS AN DIE KLIMADEMO!



Im Jahr 2009 demonstrierten 100'000 Menschen in Kopenhagen für eine bessere Klimapolitik. Am 12. Dezember fahre ich nach Paris, um das erneut zu tun, denn passiert ist seit damals zu wenig. Eine mindestens ebenso grosse

Menschenmenge soll den Entscheidungstragenden deutlich machen, dass es ein umfassendes und verbindliches Abkommen für die globale Klimapolitik braucht. An der Klimakonferenz in Paris 2015 (COP21) soll ein neues Klimaabkommen verabschiedet werden, welches das Kyoto-Protokoll ersetzt. Kürzlich haben die Grünen Basel-Stadt den Film «Thule Tuvalu» gezeigt, der die heutigen Auswirkungen des Klimawandels auf das Leben von Menschen rund um den Globus schildert: Die Inselbewohner von Tuvalu müssen ihre Heimat verlassen, weil sie untergeht. Die Jagd

der Einwohner von Thule wird aufgrund der Eisschmelze immer schwieriger. Dieser Film hat mich darin bestärkt, dass die internationale Klimapolitik von grosser Bedeutung ist.

Viele NGO engagieren sich dafür. «Friends of the Earth» zum Beispiel fordern eine massive Reduktion des CO₂-Ausstosses, direkte Unterstützung für die heute schon vom Klimawandel Betroffenen und finanzielle Mittel für den Umstieg auf eine nachhaltige Energieversorgung. Um das zu fordern, braucht es uns am 12. Dezember in Paris.

Mirjam Ballmer, Co-Präsidentin Grüne BS



NATIONALRATS- WAHLEN

Den Grünen blies bereits in den Prognosen ein harter Wind entgegen – und es kam noch schlimmer als gedacht: Nicht nur in den erwarteten Verlustkantonen Genf, Neuenburg, Bern und Zürich verloren die Grünen Mandate, sondern gleich auch noch in St. Gallen. Entgegen dem Trend auf eidgenössischer Ebene konnte in beiden Basel ein Erfolg verbucht werden.

LINKE GEWINNT

Basel tickt anders: Zusammen mit der SP eroberten wir den Sitz der unheiligen Allianz aus glp und CVP zurück. Und nicht nur das: Dank einem Mehr von 128 WählerInnen kam der Sitz nach einem nervenaufreibenden Nachmittag an das Bündnis Grüne BastA! Vor Raffaella Hanauer, Thomas Grossenbacher, Heidi Mück und Mirjam Ballmer konnte sich Sibel Arslan durchsetzen. Wir Grüne

gratulieren ihr herzlich und wünschen ihr viel Erfolg in Bern! Es ist ein starkes Zeichen an die Restschweiz, dass sich die linke, urbane und weibliche Stimme nicht geschlagen gibt angesichts des Rechtsrutschs. Insbesondere weil mit Sibel Arslan nun auch eine junge Politikerin mit Migrationshintergrund in Bern vertreten sein wird.

Aufgrund des fehlenden Bisherigen-

Bonus mussten aber auch wir zwei Prozent Wähleranteil einbüßen. Nicht zuletzt hat aber das ansprechende Ergebnis des jungen grünen Bündnisses als zweitstärkste Jungpartei diesen knappen Sitzgewinn ermöglicht.

Oliver Thommen,
Parteisekretär Grüne BS

100% GEWÄHLT

Entgegen aller Wahlumfragen und Prognosen können wir am 18. Oktober ein Rekordergebnis feiern: Maya Graf ist mit dem besten Resultat (36043 Stimmen) aller Kandidierenden wiedergewählt worden und die Listen 7, 77 und 70 holten zusammen 14,2%. Dank einer starken Liste, einem engagierten Strassenwahlkampf mit rund 50 Aktiven des #teammaya und grosser Unter-

stützung der Grünen Panther und des jgb sind wir in alter Stärke zurück.

Die WählerInnen spüren die Folgen der rechtskonservativen Landrats- und Regierungsmehrheit, die Mobilisierung von Mitte-Links hat im Baselbiet funktioniert. Das zeigt auch das Abschneiden von Claude Janiak im Ständerat: Mit der Unterstützung von SP, EVP und Grünen erzielt Janiak ein gutes Ergebnis

und lässt den Wirtschaftskammer-Chef mit über 10'000 Stimmen Differenz deutlich hinter sich.

Ich freue mich und wünsche Maya Graf weiterhin alles Gute und viel Energie in Bern!

Florence Brenzikofer, Präsidentin Grüne BL

ABSTIMMUNGEN BASELLAND

NEIN ZUM FEB-GESETZ, JA ZUM GEGENVORSCHLAG

Es ist unbestritten: es braucht ein neues Gesetz zur familienergänzenden Kinderbetreuung (FEB), damit Eltern, Familie und Beruf besser vereinbaren können. Dabei soll die Gemeindeautonomie berücksichtigt werden. Mit dem neuen Gesetz (Gegenvorschlag) werden die Gemeinden verpflichtet, den Bedarf für familienergänzende Kinderbetreuung periodisch zu erheben und ein passendes Angebot anzubieten. Die Eltern beteiligen sich an der Finanzierung und erhalten falls nötig einkommensabhängige Unterstützungsbeiträge. Leider hat das Gesetz die 80-Prozent-Hürde im Landrat nicht genommen, daher die Volksabstimmung.

Gegner der Vorlage sind die Initianten (vorwiegend FDP) einer Initiative, über die ebenfalls abgestimmt wird. Diese

verlangt eine Subventionierung der Angebote mittels Betreuungsgutscheinen, was sich bei grossem Angebot und im Vorschulbereich bewährt. Allerdings ist die Realität insbesondere im Oberbaselbiet eine andere, weshalb die Mitglieder der Grünen Baselland dem Gegenvorschlag zustimmen und die Initiative einstimmig ablehnen.

Lotti Stokar, Landrätin, Oberwil

NEIN ZUR INITIATIVE ZUM ÖFFENTLICHEN BESCHAFFUNGSWESEN

Die Initiative der FDP will die Vorschriften für die Auftragsvergabe des Staates an die Bauwirtschaft weiter reglementieren und die kantonale Bauwirtschaft vor ausserkantonaler Konkurrenz schützen. Dies mit einer kantonalen Beschaffungsstelle, ausführ-

lichen Vorschriften, einem Beirat, Kontrollen, Möglichkeit der Delegation von Kontrollen, Strafen, Kautionspflichten, Nachzahlungspflichten... Die Initiative schafft damit ein riesiges Bürokratiemonster, Kontrollen von Kontrollen, und dies von einer Partei, die sich öffentlich immer für einen schlanken Staat ausspricht. Die aus grüner Sicht wichtigen Vorschriften zu Sozial- und Umweltstandards sind bereits im aktuell gültigen Gesetz eingehalten und ausreichend. Die Mitgliederversammlung der Grünen Baselland fasste einstimmig die Nein-Parole zum unnötigen Bürokratiemonster der FDP.

Klaus Kirchmayr,
Fraktionspräsident Grüne BL

NEIN ZUM ELBA-AUSBAU



Der Regierungsrat präsentiert ein Sparprogramm, das einen massiven öV-Abbau vorsieht. Die bürgerlichen Parteien tragen dieses Sparprogramm mit. Fast zeitgleich beschliesst der bürgerlich dominierte Landrat, dem Vorschlag des Regierungsrats zu folgen, und heisst den milliardenschweren ELBA-Ausbau gut. Ich würde meinen: auf frischer Tat ertappt! Einmal mehr zeigt sich, dass die Bürgerlichen den Autoverkehr einseitig fördern und dabei den öffentlichen Verkehr ausbluten lassen.

Der ELBA-Ausbau ist finanzpolitisch fahrlässig und führt verkehrspolitische in die falsche Richtung. Neue Strassen

verursachen neuen Verkehr, brauchen immense Anschlussbauwerke an die Dorfstrassen und Lärm sowie Abgase nehmen zu. Die regionalen Verkehrsprobleme sind vor allem durch eine Verlagerung auf die Schiene und den Langsamverkehr zu lösen. Anstatt heute die untauglichen bürgerlichen Rezepte auf Jahrzehnte zu zementieren, braucht es neue und intelligentere Mobilitätskonzepte, die den Herausforderungen der gestiegenen Mobilität gerecht werden. Die Mitgliederversammlung sagt einstimmig Nein zum Landratsbeschluss betreffend ELBA.

Anna Ott,
Vorstand junges grünes bündnis nordwest

ABSTIMMUNGEN

BASEL-STADT

JA ZUM NEUEN GERICHTSORGANI- SATIONSGESETZ

Das aktuelle Gerichtsorganisationsgesetz ist in gewissen Teilen veraltet. Ein Vorstoss forderte zudem die Abschaffung der Unterteilung in zwei Kategorien von nebenamtlichen Richtern. Vor der Sommerpause wurde deshalb im Grossen Rat die Revision des Gerichtsorganisationsgesetzes (GOG) debattiert. Die neuen Bestimmungen blieben im Grundsatz unbestritten. Das revidierte GOG macht jedoch Anpassungen in der Kantonsverfassung nötig, die nun am 15. November zur Abstimmung kommen. Die zur Abstimmung gelangende Vorlage sieht denn auch vor, dass neu auf die Unterscheidung zwischen sogenannten ordentlichen und Ersatzrichtern verzichtet wird. Erstere wurden bisher von den Stimmberechtigten gewählt, bei Letzteren er-

folgte die Wahl durch den Grossen Rat. Sämtliche nebenamtliche Richter sollen neu vom Grossen Rat gewählt werden. Im Weiteren wird die Unvereinbarkeit von Mitgliedern der verschiedenen Staatsgewalten konsequenter durchgesetzt. So sind am Appellationsgericht keine RichterInnen mehr zugelassen, die gleichzeitig als AnwältInnen vor Gerichten der unteren Instanz auftreten.

Nora Bertschi, Grossrätin

STIMMFREIGABE ZUM TAXIGESETZ

Die Regierung legte vor rund zwei Jahren ein neues Taxigesetz vor, mit der geäusserten Absicht, die miserablen Zustände im Basler Taxiwesen zu verbessern. Was aber nach Vernehmlassung und abgeschmetterten Vorstössen von Rot-Grün im Grossen Rat resultierte, befriedigt nicht. Deshalb hat die Unia

das Referendum gegen das neue Gesetz ergriffen. Wir teilen die Meinung der Unia, dass die Zustände im Taxiwesen inakzeptabel sind und dass das neue Taxigesetz keinen Mehrwert für die TaxifahrerInnen bringt. Für uns ist aber die Ergreifung des Referendums ein untauglicher Schritt, um die verfahrenere Situation zu verbessern. Wir sind bereit, über wirkliche Massnahmen im Basler Taxiwesen zu diskutieren: Massnahmen, die die ökonomische Situation der TaxifahrerInnen verbessern, eine ökologische Erneuerung der Flotte bringen und die Qualität der Dienstleistungen verbessern. Stichworte hierzu könnten eine staatliche Taxizentrale oder eine Limitierung der Taxilizenzen sein. Über solche Schritte wird aber am 15. November leider nicht abgestimmt. Nach eingehender Diskussion beschloss die Mitgliederversammlung daher die Stimmfreigabe.

Harald Friedl, Vizepräsident Grüne BS

JA ZU MEHR RAUM FÜR DEN LANGSAMVERKEHR



Werden die Begriffe «Strasseninitiative VCS» gegoogelt, so findet sich unter anderem folgender Titel: «VCS-Strasseninitiative schwächt Standort Basel» (Handelskammer), «Strasseninitiative: Ein Vorschlag schlimmer als der

andere» (Gewerbeverband), «Strassen-Initiative kostet Parkplätze» (BaZ) und ganz weit hinten «Grosser Rat stimmt für Gegenvorschlag zur Strasseninitiative» (SRF).

Doch worum geht es in der Initiative? Sie möchte das Umweltschutzgesetz dahingehend ändern, dass für alle gemäss Strassennetzhierarchie verkehrsorientierten Strassen mit begleitendem und/oder querendem Fuss- und Veloverkehr sowie für die Tramachsen Folgendes gilt:

1. Sichere Wege für FussgängerInnen
2. Durchgehende und sichere Velorouten für Fahrradfahrende
3. Konsequente Bevorzugung des öffentlichen Verkehrs an Lichtsignalanlagen

Dies entspricht vollumfänglich unseren grünen Grundanliegen: Konsequente Förderung des ÖV, sichere und durchgehende Velowege, damit alle ihre innerstädtischen Wege ohne Gefährdung mit dem gesündesten und umweltfreundlichsten Verkehrsmittel zurücklegen können. Und sichere Fusswege auch dort, wo diese die verkehrsorientierten Strassen queren oder entlang von diesen. Die Initiative und der Gegenvorschlag des Grossen Rates unterscheiden sich im Tempo der Umsetzung und der dadurch verursachten Kosten. Die Grünen empfehlen zweimal Ja einzulegen und bei der Stichfrage die Initiative zu wählen.

Michael Wüthrich, Grossrat, Präsident UVEK



#WAHLKAMPF- ERFAHRUNGEN

Das jgb auf dem Basler Münsterplatz mit einer Aktion für die Zersiedelungsinitiative.

Wahlkampf ist sehr viel mehr als eine Wählermobilisierung. Denn Wahlkampf ist Teamwork, fördert nicht nur den Zusammenhalt innerhalb einer Sektion, sondern auch über gewisse Grenzen hinweg. Besonders deutlich wird dies vor den nationalen Wahlen. Die Zusammenarbeit zwischen dem jgb nordwest und den Grünen bzw. dem Grünen Bündnis war schon lange nicht mehr so gross wie heute. Wegen des gemeinsamen Ziels spielen sowohl Wohnort als auch Alter und politischer Schwerpunkt keine so grosse Rolle mehr. Natürlich bleiben gewisse Differenzen bestehen, doch von den daraus resultierenden Diskussionen können wir alle nur profitieren.

Weiter trägt der Wahlkampf dazu bei, dass Einsätze geleistet werden, welche ohne den Wahl-Anreiz so wohl nie erfolgt wären. Viele opfern der Politik Stunden ihrer Freizeit und auch wenn es selbstverständlich ist, dass sowohl angesichts beruflicher wie auch privater Verpflichtungen solch intensive Aktionen nur über eine kurze Zeitspanne hinweg möglich sind, dürfen wir uns über die vielen Ergebnisse freuen. Der enge Kontakt zueinander führt dabei auch gleich zu neuen Ideen. Normalerweise kämpft man sich damit ab, alle anstehenden Traktanden in der dafür vorgesehenen Sitzung bewältigen zu können. Während des Wahlkampfes aber sieht man sich so häufig, dass

Raum für Neues entsteht. Ideen für die Wahlen werden in die Zeit danach mitgenommen, aus lockeren Feierabend-Gesprächen entwickeln sich konkrete Projekte.

Zu guter Letzt ist so ein Wahlkampf eine gute Vorbereitung für die nächsten Wahlen. Auch wenn die Ausgangssituation nie wieder dieselbe sein wird, können wir dennoch viel aus diesen Wahlen mitnehmen. Platz für Verbesserungen hat es immer.

Solange wir das Gelernte nicht vergessen, ist Wahlkampf sehr viel mehr als eine Wählermobilisierung.

Für das jgb nordwest
Reja Wyss, Vorstand jgb

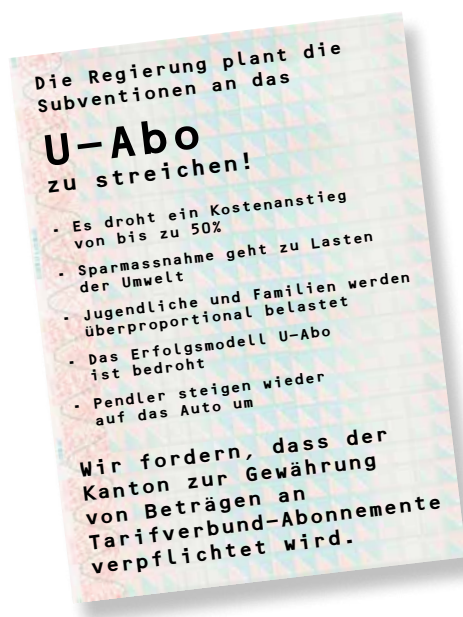
PENDLERABZUG ADE IN LIESTAL



Aufgrund der knappen finanziellen Verhältnisse des Kantons dominieren derzeit die schlechten Nachrichten. Trotz knapper Kasse, im vorliegenden Fall sogar gerade darum, gibt es aber doch auch erfreuliche Botschaften – auch aus grüner Sicht. Wie bereits beim Bund sollen die Abzüge auch in der Steuererklärung BL für Pendlerfahrten auf 3000 Franken begrenzt werden. Eine entsprechende Steuergesetzesrevision soll 2017 in Kraft treten. Damit wird ein uraltes grünes Anliegen Realität. Es trifft zwar zu, dass sich nicht alle ihren Arbeitsort aussuchen können und deshalb auch ungewollt längere Arbeitswege in Kauf nehmen müssen. Die heutige Praxis eines praktisch unbegrenzten Pendlerabzugs fördert aber das Pendeln über lange Wege geradezu – das Gegenteil kurzer Wege also, und begünstigt einseitig das Auto. In Landrat vom letzten November wurde auf Anfrage von Marie-Theres Beeler und dem jungen grünen Bündnis bekannt, dass bis heute auch bei uns einzelne Pendlerabzüge fürs Auto von über 30'000 Franken getätigt werden. Das ergibt keinen Sinn, und dass aus der Beschränkung des Abzugs Mehreinnahmen in Millionenhöhe resultieren, ist gleichsam ein positiver Nebeneffekt.

Isaac Reber,
Regierungsrat, Sissach

JA ZUM U-ABO: ÜBER 4000 UNTERSCHRIFTEN IN 35 TAGEN



Wir setzen ein klares Zeichen für den öffentlichen Verkehr und gegen die kurzfristigen und unfairen Sparmassnahmen der Regierung! Zusammen mit dem jungen grünen Bündnis Nordwest,

der SP und Juso Baselland, dem VCS beider Basel und Pro Natura Baselland haben wir Grünen innerhalb von 35 Tagen mehr als 4000 Unterschriften für die Initiative «Ja zum U-Abo» gesammelt und diese eingereicht.

Die Initiative will den Kanton zur Gewährung von Beträgen an Tarifverbund-Abonnemente verpflichten. Wir wollen das Erfolgsmodell U-Abo bewahren und verhindern, dass auf Kosten der Familien und Jugendlichen gespart wird. Nach einem Sammelstart an allen grossen Baselbieter Bahnhöfen hatten wir bereits am ersten Tag über 500 Unterschriften zusammen. Die restlichen Unterschriften sind stapelweise per Post eingetroffen. Vielen Dank allen SammlerInnen für die Unterstützung!

Anna Ott, Koordinatorin U-Abo-Initiative

VORSCHAU AUF EINE SCHWIERIGE LEGISLATUR

Nachdem eine aktive grüne Fraktion in der letzten Legislatur viele ihrer Anliegen mittels konstruktiver Vorschläge durchbringen konnte, zeigt das Gebaren der Rechtsparteien in den letzten Monaten, dass es konsensorientierte, konstruktive Politik zukünftig eher schwer haben dürfte.

Thematisch wird die Energie- und die Finanzpolitik dominieren. Die von uns angestossene Totalrevision des Energiegesetzes kommt in den Landrat. Wir werden dafür kämpfen, dass auch der Kanton Baselland endlich ein fortschrittliches Energiegesetz bekommt. Sehr heftig dürften die Debatten zur Finanzpolitik werden. Nach Jahren der Misswirtschaft will die Regierung wesentliche Errungenschaften des Kantons wie z.B. das U-Abo streichen oder in der Bildung Abstriche machen.

Dagegen werden wir uns im Parlament mit aller Kraft, aber auch mit konstruktiven Gegenvorschlägen zur Wehr setzen. Es kann nicht sein, dass diejenigen, die den Schlamassel verursacht haben, jetzt auch noch ihre Spezialinteressen durchsetzen. Wir brauchen einen guten Service public und keine Luxusstrassen. Angesichts der neuen Mehrheitsverhältnisse im Landrat dürfte es in vielen dieser Fragen zu Volksabstimmungen kommen. Hier wollen wir uns engagieren und bis zu den nächsten Wahlen 2019 zeigen, dass wir Grünen zusammen mit den anderen fortschrittlichen Kräften des Baselbiets die bessere Alternative für die Zukunft unseres Kantons sind.

Klaus Kirchmayr, Fraktionspräsident
Grüne BL

«DEM AMT WIRD GROSSER RESPEKT ENTGEGENBRACHT»



Unsere Co-Präsidentin Elisabeth Ackermann ist seit Februar 2015 Grossratspräsidentin. Grünwärts befragte sie zur Halbzeit.

Grünwärts: Elisabeth, seit einem halben Jahr bist Du an unzähligen Anlässen anzutreffen. Wo war es besonders spannend für Dich?

Ich bin tatsächlich fast jeden Abend an einer Veranstaltung. Auch unspektakuläre Anlässe wie z.B. das Konzert des Kinderchors Kolibri beinhalten tolle Erlebnisse und Begegnungen. Ein einmaliges Erlebnis war die Landsgemeinde in Appenzell Innerrhoden, wo ich als Ehrengast eingeladen war. Spannend war zu sehen, wie anders dort die Entscheidungsfindung funktioniert als bei uns. Eindrücklich war die Ruhe auf dem Platz, während Votanten sprachen, auch wenn sie Minderheitsmeinungen vertraten. Man sah aber auch, wie einige mit geschicktem Zahlenjonglieren eine vorher fast unbestrittene Vorlage zu Fall bringen konnten.

Gehen die Leute seit der Übernahme des Präsidiums anders auf Dich zu?

Bei Bekannten gibt es keinen Unterschied. Aber mit Leuten, die ich in meiner Funktion als Grossratspräsidentin kenne, ist der Umgang schon ein wenig formeller. Dem Amt wird meist grosser Respekt entgegengebracht. In Basel ist der Umgang aber doch eher locker. Öfters als früher geschieht es auf der Strasse, dass mich Menschen kennen, die ich nicht kenne. Dies ist für mich ziemlich gewöhnungsbedürftig.

Als Co-Präsidentin nimmst Du zu allen Themen Stellung. Wie schwer fällt es Dir, Dich als Grossratspräsidentin zurückzunehmen?

Das ist tatsächlich manchmal schwierig. Im Grossen Rat juckt es mich schon von Zeit zu Zeit, wenn ich mir die Debatten anhören muss und meine Meinung dazu nicht äussern kann. Ich darf im Moment nicht einmal abstimmen und habe nur im Falle eines Patts den Stichentscheid. Den hatte ich aber bis jetzt immerhin schon fünf Mal.

Auf was freust Du Dich in der verbleibenden Zeit?

Ich werde mit meiner Statthalterin Dominique König einen Abend für politikinteressierte Frauen veranstalten. Es ist das erste Mal in der Geschichte des Grossen Rates, dass er von zwei Frauen geführt wird. Im Parlament sitzen aber immer noch nur 35 Prozent Frauen. Wir möchten mit diesem Anlass Frauen Mut machen, im nächsten Jahr für den Grossen Rat zu kandidieren.

Wie gross ist die zusätzliche Belastung und wie gehst Du damit um?

Die Belastung ist relativ hoch. Einerseits benötigt die Führung des Parlaments mit der Vorbereitung der Sitzungen, der Organisation von verschiedenen Anlässen viel Zeit. Andererseits bin ich an sehr viele Veranstaltungen eingeladen, wo ich Grussworte oder auch längere Ansprachen halten muss, die auch vorbereitet werden müssen. Ich unterrichte daneben ein knappes halbes Pensum und so bleibt mir wenig Freizeit. In den Schulferien ist aber weniger los, so kann ich mich in diesen Zeiten wieder erholen.

Besten Dank für das Gespräch und noch viel Freude in der zweiten Halbzeit.

Interview: Harald Friedl,
Vizepräsident Grüne BS

PENDLERABZUG ADE IN BASEL



Der Grosse Rat diskutierte in der Septembersitzung u.a. die Pendlerabzüge. Die Bürgerlichen gaben sich «umweltfreundlich». Sie setzen sich dafür ein, dass nicht nur Fr. 3800.– (Preis eines 2.-Klasse-GA) von den Steuern abgezogen werden können, sondern Fr. 6000.– (Preis eines 1.-Klasse-GA). Dass ein höherer Abzug vor allem den Autopendlern zugutekommt, versuchten sie mit enthusiastischen Voten für den öV zu vertuschen. Glücklicherweise für Umwelt und Staatskasse fand ihr Antrag keine Mehrheit. Die Anschaffung neuer Radar-Anlagen war im Rat unbestritten. Die Mehrheit stimmte aber leider einer reduzierten Vorlage zu und forderte stattdessen Smileys, welche das Tempo nur anzeigen und bei über-setzter Geschwindigkeit keine Konsequenzen haben und daher kaum etwas bringen. Darunter werden die Sicherheit und die Staatskasse leiden. Beim Bau- und Planungsgesetz forderte die FDP eine Änderung, damit mehr private Parkplätze erstellt werden können. Nicht zuletzt dank einem beherzten Votum von Thomas Grossenbacher wurde diese Motion abgelehnt. Für uns Grüne war der September also kein schlechter Grossratsmonat, zumindest was die Verkehrsfragen betrifft.

Anita Lachenmeier, Grossrätin
Grüne Basel-Stadt

Ortssektionen und Arbeitsgruppen

RIEHEN: WIE LANGE SIND 15 JAHRE?



Der Einwohnerrat hat erstaunlich unspektakulär den neuen Zonenplan genehmigt. Für die nächsten 15 Jahre besteht somit Planungssicherheit. Auffällig an den Diskussionen war ein altes Phänomen: Die Unterschiede in der Wahrnehmung, wie lange 15 Jahre sind. Während die Bürgerlichen bei jeder noch so kleinen Parzelle, welche aus der Baulandzone entfernt worden ist, die Existenz des Gewerbes und den Wirtschaftsstandort Schweiz als Ganzen gefährdet sahen, bleibt bei mir das Gefühl, nur etwas Zeit gewonnen zu haben. Der Auftrag für die Grünen Riehen ist somit klar: in 15 Jahren sollen mehr Leute verstanden haben, dass die Grünflächen eine der wertvollsten Ressourcen in Riehen sind.

Andreas Tereh,
Einwohnerrat Riehen

GRÜN IN DER GEMEINDE

Am 28. Februar sind im Kanton Basel-Land Gemeindewahlen.

Gewählt werden Gemeindekommissionen, Einwohner- und Gemeinderat. Willst Du Dich für grüne Politik in Deiner Gemeinde engagieren? Identifizierst Du Dich mit den grünen Themen und willst die Energie-, Umwelt und Sozialpolitik in der Gemeinde voranbringen?

Melde Dich bei Deiner Ortssektion oder auf der Geschäftsstelle:
info@gruene-bl.ch.

GERICHTSWAHLEN VOM 15. NOVEMBER



Am 15. November wird auch gewählt: Das Grüne Bündnis stellt Anina Ineichen als Ersatzrichterin für den am Zivilgericht zurückgetretenen Dominik Schniepper auf. Anina schloss im Sommer das Jus-Studium im Master ab und arbeitet zurzeit im Volontariat bei der Gemeinde Riehen und als Geschäftsführerin bei den Demokratischen JuristInnen Basel. Anina wuchs auf einem Bio-Bauernhof in Oberwil auf und engagiert sich seit Jahren für das jgb nordwest und für die Grünen Basel-Stadt. So organisiert sie seit diesem Jahr den Stammtisch Ost.

GESUCHT: SCHULRATSMITGLIED

Möchtest Du in einem Schulrat mitarbeiten? Aktuell suchen wir eine interessierte Person für den Schulrat des Schulhauses St. Johann (Primarstufe). Für Informationen oder Fragen steht Dir gerne unser Sekretariat zur Verfügung (sekretariat@gruene-bs.ch).

AGENDA

4. November: Stammtisch Riehen

7. November: Delegiertenversammlung Grüne CH, Bern

8. November: Abstimmungen BL

15. November: Abstimmungen BS

16. November: Veranstaltung zu Basler Gerichtswahlen 2016

10. Januar 2016: Neujahrsapéro

PAROLEN

BASELLAND, 8. NOVEMBER

- Entwicklungsplan Leimental Birseck Allschwil: Nein
- Familienergänzende Kinderbetreuung:
- Zur Initiative: Nein
- Zum Gegenvorschlag: Ja
- Zur Stichfrage: Gegenvorschlag
- Beschaffungswesen: Nein

BASEL-STADT, 15. NOVEMBER

- Referendum Taxigesetz: Stimmfreigabe
- Strasseninitiative und Gegenvorschlag: Ja, Stichfrage: Initiative
- Verfassungsänderung GOG: Ja
- Gerichtswahlen: Anina Ineichen

DAS LETZTE

Endlich macht die Baselbieter Regierung mit der vertieften Partnerschaft vorwärts und prüft vertieft, ob sie weiterhin gemeinsame Leistungen wie die Universität auch mittragen oder sich einer tiefgreifenden Nabelschau widmen will. Diese vertiefte Partnerschaft sorgte unverständlicherweise für ein Stimmungstief in Basel-Stadt. Hat denn die Uni jemals etwas Tiefschürfendes hervorgebracht? Wer ist schon Euler? Die Geldgier der Uni lässt also tief blicken. Deshalb lancieren wir eine Initiative für eine eigene Hochschule im Baselbiet, die dann sowohl dem hochtrabenden Sparwahnsinn der Rechtskonservativen als auch deren geistigen Höhenflügen gerecht wird. Denn das Ziel teilen wir mit der Baselbieter Regierung: die Partnerschaft ist auch vertieft nur überhöht, und so meinen wir eine Hochschule bedingte auch eine Hochzeit der Kantone.